

Bericht

zum Erhalt des Zertifikats zum audit berufundfamilie

Rhein-Sieg-Kreis

auditiertes Bereich:

- Der Landrat -

Auditor/Auditorin:

Herr Patrick Frede

Datum:

Dokumentation der Umsetzungsfortschritte

Gab es im letzten Berichtszeitraum Veränderungen in der Umsetzungsstruktur?

Es gab keine Veränderungen.

Gab es im letzten Berichtszeitraum Veränderungen in Ihrer Organisation, die für die Umsetzung der vereinbarten Ziele und Maßnahmen relevant waren?

Es gab keine Veränderungen.

Welche Meilensteine bzw. Highlights wurden Ihrer Einschätzung nach im Berichtszeitraum erreicht?

Aufgrund eines entsprechenden Antrags aus der Politik wurde im Personalausschuss die Einrichtung einer Kinderbetreuung für die Kinder der Beschäftigten diskutiert.

Einstimmig wurde die Verwaltung beauftragt die Einrichtung einer Betreuungsmöglichkeit zu prüfen.

1. HF1: Arbeitszeit

1.1 Ziel: Teilzeitmodelle sind in ihrer Struktur und der Nutzung sowohl für die Erfüllung dienstlicher Notwendigkeiten als auch privater Erfordernisse optimiert.

Messkriterium: *Darstellung von Modellen und ihrer Nutzung und der Entwicklung im Umsetzungszeitraum*

1.1.1 Maßnahme:

Die Kreisverwaltung arbeitet die konkret erforderlichen Rahmenbedingungen und die vorhandenen bzw. auszugestaltenden Umsetzungsoptionen für Job-Sharing aus und kommuniziert diese an Führungskräfte und Beschäftigte.

Zielgruppe: *Beschäftigte, die in Teilzeit arbeiten bzw. arbeiten möchten*

Umsetzung bis: *Bericht 2*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Erstellung eines Rundschreibens über die Bedingungen von Jobsharing in der Kreisverwaltung. Jobsharing ist erwünscht, da es den Kreis der Interessierten bei Stellenausschreibungen erhöht.

Stand: Umsetzung bis Bericht 2

1.1.2 Maßnahme:

Die Kreisverwaltung schafft einen Rahmen und gestaltet die Kommunikation so, dass an Jobsharing interessierte Beschäftigte leichter als bisher eine Partnerin bzw. einen Partner dafür finden können.

Zielgruppe: *Beschäftigte, die in Teilzeit arbeiten bzw. arbeiten möchten*

Umsetzung bis: *Bericht 2*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Die Verwaltung richtet eine Jobsharing-Börse ein. Interessierte Beschäftigte können sich dort eintragen lassen. Für eingetragene Beschäftigte ist die Liste einsehbar.

Stand: Umsetzung bis Bericht 2

1.1.3 Maßnahme:

Die Kreisverwaltung erarbeitet ein Konzept zur Nutzung von Teilzeit.

Zielgruppe: *Beschäftigte, die in Teilzeit arbeiten bzw. arbeiten möchten*

Umsetzung bis: *Bericht 3*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Die Daten zur aktuellen Nutzung von Teilzeit sind im aktuellen Gleichstellungsplan erfasst worden. Sie werden zukünftig in jeden Zwischenbericht (alle 1-2 Jahre) aufgenommen.

Die Rahmenbedingungen von Teilzeit werden in ein "Werbekonzept" aufgenommen. Hierbei werden die neuen gesetzlichen Bedingungen (Brückenteilzeit) berücksichtigt. Einschränkungen bei den Bedingungen sollen wegen des Fachkräftemangels vermieden werden.

Stand: Umsetzung bis Bericht 2

1.2 Ziel: Die Arbeitszeiten in der Kreisverwaltung sind so strukturiert, dass sie in noch besserer Weise den dienstlichen Notwendigkeiten und den privaten Erfordernissen Rechnung tragen.

Messkriterium: *Arbeitszeitrahmen und dessen Nutzung*

1.2.1 Maßnahme:

Die Kreisverwaltung stößt einen Prozess an, in dem bisher definierte Arbeitszeiträume und Freizeit kritisch hinterfragt werden. Auf der Basis der Thematisierung werden ggf. neue Rahmenmodelle geschaffen, die eine veränderte Praxis nach sich ziehen bzw. dieser bereits vorhandenen Praxis Rechnung tragen.

In die Erarbeitung von Lösungsmodellen fließen dienstliche Gegebenheiten wie Öffnungszeiten ein. Neben dem generellen Rahmen kann so den unmittelbaren Gegebenheiten vor Ort besser Rechnung getragen werden.

Zielgruppe: *Alle Beschäftigten*

Umsetzung bis: *Bericht 2*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Das Thema Arbeitszeiten wurde in den verschiedenen Führungsgremien engagiert diskutiert. Mit Zustimmung des Personalrates wurde eine Erweiterung des Gleitzeitrahmens am Nachmittag (Mo. - Do. bis 19 Uhr) und am Freitagnachmittag bis 16 Uhr vereinbart. Gültig ab 1.Juli 2019.

Stand: *Maßnahme umgesetzt*

1.2.2 Maßnahme:

Die Kreisverwaltung prüft Jahresarbeitszeitmodelle, um Schwankungen Rechnung tragen zu können. Entsprechend der Prüfergebnisse leitet sie weiterführende Schritte und ggf. Umsetzungen ab.

Zielgruppe: *alle Beschäftigte*

Umsetzung bis: *Bericht 2*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

In den Führungsgremien wurden die Vor- und Nachteile eines Jahresarbeitskontos diskutiert. Der aus dieser Diskussion hervorgegangene Vorschlag der Verwaltung, den Stichtag 31.Mai zu streichen, wurde fallen gelassen, da er wahrscheinlich nicht die Zustimmung des Personalrates gefunden hätte.

Stand: *Maßnahme gestrichen*

2. HF2: Arbeitsorganisation

2.1 Ziel: Arbeitsorganisatorische Einbindung der familienbewussten Ziele und Maßnahmen

Messkriterium: *Darstellung und Bewertung von Umsetzungsschritten*

2.1.1 Maßnahme:

Stärkung der Führungsebenen durch regelmäßige Diskussion und Austausch, Erhöhung des durchgängigen Führungsverhaltens, Transparenz für Beschäftigte

Zielgruppe: *Abteilungsleitungen und Amtsleitungen*

Umsetzung bis: *fortlaufend*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Die Themen Führen und Kommunikation sind zentrale Inhalte der laufenden Führungskräftefortbildung.

Im Rahmen der Erarbeitung einer neuen Dienstvereinbarung zum mobilen Arbeiten wird ein transparentes Verfahren zur Weitergabe von Anträgen erarbeitet.

Stand: Umsetzung bis Bericht 2

3. HF3: Arbeitsort

3.1 Ziel: Mobiles Arbeiten / Home Office und Telearbeit sind bei der Kreisverwaltung im verlässlichen Rahmen möglich und werden entsprechend genutzt.

Messkriterium: *Rahmenbedingungen und konkrete Nutzungszahl von mobilem Arbeiten / Home Office und Telearbeit*

3.1.1 Maßnahme:

Die Kreisverwaltung prüft technische, organisatorische, persönliche Aspekte und Rahmenbedingungen für die dauerhafte und partielle Nutzung von Home Office als Arbeitsform. Aus den Prüfergebnissen leitet sie weitere Schritte ab und dokumentiert diese.

Zielgruppe: *Beschäftigte, die mobiles Arbeiten nutzen können, wollen und zeitweise müssen (Krankheit, Betreuung)*

Umsetzung bis: *Bericht 2*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Die aktuelle Dienstvereinbarung "Telearbeit" wurde zum Sommer 2019 gekündigt. Die neue Dienstvereinbarung ist in Bearbeitung u.a. mit folgenden Inhalten:

- Klärung der Begrifflichkeiten*
- Deutliche Beschreibung der Voraussetzungen für mobiles Arbeiten, damit Genehmigungen bzw. Ablehnungen transparent kommuniziert werden.*

Im Haushaltsentwurf 2019/2020 sind Ressourcen (finanzielle und personelle) eingeplant, um den Ausbau und Betrieb von bis zu 120 mobilen Arbeitsplätzen zu erreichen. Eine Bedarfsabfrage ist erfolgt. Die Anschaffung der Geräte erfolgt sukzessive.

Auf Grundlage eines Zeitplanes wird die Erweiterung des mobilen Arbeitens zur Zeit schon

umgesetzt.

Stand: Umsetzung bis Bericht 2

4. HF4: Information und Kommunikation

4.1 Ziel: Angebote und Regelungen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie betreffen sind transparent, zugänglich und werden genutzt.

Messkriterium: *Darstellung von Angeboten und deren Nutzung*

4.1.1 Maßnahme:

Die Kreisverwaltung systematisiert die Angebote, die direkt und mittelbar die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben ermöglichen können bzw. sollen.

Zielgruppe: *Alle Beschäftigte*

Umsetzung bis: *Bericht 1*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Die Kreisverwaltung erstellt eine Broschüre (Papier oder/und digital), in der alle Angebote der Vereinbarkeit erfasst sind. Die Broschüre soll im Internet eingestellt werden, um die Kreisverwaltung als attraktive Arbeitgeberin darzustellen. Im Innenverhältnis soll die Broschüre ergänzt werden um konkrete Vorgehensweisen und Maßnahmen zur Vereinbarkeit in der Kreisverwaltung. Außerdem sollen den Beschäftigten Informationen zum Thema leicht zugänglich gemacht werden. (gesetzliche Grundlagen, interessante Links, Literaturhinweise.)

Stand: Umsetzung bis Bericht 2

4.1.2 Maßnahme:

Bei der Überarbeitung des Intranets platziert die Kreisverwaltung die Angebote so, dass sie sichtbar und auffindbar sind.

Zielgruppe: *Alle Beschäftigte*

Umsetzung bis: *Bericht 1*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Im Intranet werden an prominenter Stelle die gesammelten Informationen zur Vereinbarkeit platziert.

Die Beschäftigten werden im Intranet fortlaufend über den Fortschritt bei der Umsetzung der Maßnahmen für Auditierung informiert.

Die Urkunde wird nach Abschluss der Sanierungen im Eingangsbereich sichtbar für Kundinnen und Kunden sowie Beschäftigte aufgehängt

Stand: Umsetzung bis Bericht 2

4.1.3 Maßnahme:

Die Fachämter informieren über Angebote, die für Beschäftigte zur Vereinbarkeit beitragen können und sind im Dialog mit Müttern und Vätern, um die Vereinbarkeitsangebote nach Notwendigkeiten zu gestalten.

Zielgruppe: *Alle Beschäftigte*

Umsetzung bis: *fortlaufend*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Im Abschlussgespräch mit der Vorgesetzten/dem Vorgesetzten vor der Mutterschutzzeit werden die angebotenen Maßnahmen der Kreisverwaltung zur Vereinbarkeit thematisiert.

Im Intranet ist ein Leitfaden eingestellt, der stichpunktartig die anzusprechenden Themen auflistet.

Stand: Umsetzung bis Bericht 2

4.2 Ziel: Die Kreisverwaltung des Rhein-Sieg-Kreises ist als familien- und lebensphasenbewusster Arbeitgeber positioniert.

Messkriterium: *Dokumentation der Außendarstellung, ggf. Feedback zur Vereinbarkeitsaktivitäten und Image der Kreisverwaltung*

4.2.1 Maßnahme:

Die Kreisverwaltung platziert die Angebote zur Vereinbarkeit und Familie inkl. des Logos zum audit berufundfamilie auf der Homepage sowie in Stellenausschreibungen.

Zielgruppe: *Externe Öffentlichkeit, Bewerber*innen*

Umsetzung bis: *fortlaufend*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Die Auditierung (Logo) wird im Internet prominent eingestellt.

Die Angebote zur Vereinbarkeit sind insbesondere für die Anwerbung von Fachkräften gut platziert.

In allen Stellenanzeigen wird das Logo audit berufundfamilie abgebildet. Es gibt erläuternde Hinweise auf die Zertifizierung.

Stand: Maßnahme umgesetzt

4.2.2 Maßnahme:

Die Kreisverwaltung stellt das eigene Arbeitgeberprofil in geeigneter Weise in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dar.

Zielgruppe: *Externe Öffentlichkeit*

Umsetzung bis: *fortlaufend*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Das audit wird pressewirksam bekannt gemacht. Im Austausch mit der Pressestelle wird

anlassbezogen (Fachkräftemangel) eine Pressemeldung oder ein Pressegespräch herausgegeben.

In der Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Messen für Auszubildende) betont die Kreisverwaltung ihr Engagement zur Vereinbarkeit.

Stand: Maßnahme umgesetzt

4.2.3 Maßnahme:

Die Kreisverwaltung informiert die politischen Gremien über die Auditierung und die damit verbundenen Zielsetzungen und Schritte.

Zielgruppe: Politik

Umsetzung bis: Bericht 1

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Im Personalausschuss (06.05.2019) werden die Mitglieder über den Fortschritt bei der Bearbeitung der Maßnahmen informiert. Im Rahmen der Information zum neuen Gleichstellungsplan wird der Kreistag in seiner Sitzung am 04.07.2019 über den Fortgang informiert.

Stand: Maßnahme umgesetzt

5. HF5: Führung

5.1 Ziel: Führungskräfte in der Kreisverwaltung kennen den Rahmen und die Erwartung hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben und setzen diese um.

Messkriterium: Wahrgenommenes Führungsverhalten

5.1.1 Maßnahme:

Die Kreisverwaltung informiert die Führungskräfte aktiv zu den Angeboten und Maßnahmen. Führungskräfte erhalten so eine Guideline und werden sprachfähig zum Thema.

Zielgruppe: Führungskräfte

Umsetzung bis: Bericht 1

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Im Rahmen neu erarbeiteten Kompetenzprofil der laufenden Führungskräftebildung ist das Thema Sozialkompetenz (Genderkompetenz) ein zentrales Thema. Außerdem soll die Kommunikationsfähigkeit der Führungskräfte weiter geschult werden.

In der Amtsleitungsdienstbesprechung haben Führungskräfte regelmäßig die Möglichkeit personelle Themen anzusprechen. Es können anmeldungsfrei TOPs zum Thema in den aktuellen 20 Minuten eingebracht werden.

Stand: Maßnahme umgesetzt

5.1.2 Maßnahme:

Die Kreisverwaltung überprüft die Aktualisierung der Dienstvereinbarung Beruf und Familie. Entsprechend des Prüfergebnisses leitet sie weitere Schritte ein.

Zielgruppe: Führungskräfte und Beschäftigte

Umsetzung bis: Bericht 2

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Die Verwaltung wird prüfen, ob die "neuen", aus der Auditierung hervorgegangenen, Maßnahmen in die Dienstvereinbarung einfließen sollen. Ggfs. wird eine Überarbeitung gemeinsam mit dem Personalrat vorgenommen.

Stand: Umsetzung bis Bericht 2

5.1.3 Maßnahme:

Die Spitze der Kreisverwaltung positioniert sich hinsichtlich der Strategie und den Erwartungen an Führungskräfte und Beschäftigte hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Zielgruppe: *Führungskräfte und Beschäftigte*

Umsetzung bis: *Bericht 1*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Der Landrat/die Personaldezernentin betonen ihr Engagement für die Vereinbarkeit jeweils im Vorwort zum (Bericht zum) Gleichstellungsplan.

Die Verwaltungskonferenz thematisiert die Vereinbarkeit mindestens einmal jährlich in ihren Sitzungen und tauscht sich über den Fortgang und die Umsetzung der Maßnahmen zur Vereinbarkeit aus.

Der Landrat bekennt sich in der Presse zu seinem Engagement bezüglich audit.

Stand: Maßnahme umgesetzt

5.1.4 Maßnahme:

Die Führungsspitze initiiert und pflegt die Kommunikation mit und zwischen Führungskräften hinsichtlich der Umsetzung der Erwartungen und der konkreten Angebote und Maßnahmen.

Zielgruppe: *Führungskräfte*

Umsetzung bis: *fortlaufend*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Die Mitglieder der Verwaltungskonferenz und der Amtsleitungsrunde setzen sich dafür ein, dass die Maßnahmen des audits in "ihren" Verwaltungseinheiten genutzt werden. Sie kommunizieren mit ihren Führungskräften im Rahmen der Personalentwicklung über die Möglichkeiten der Vereinbarkeit und decken Schwachstellen auf.

Stand: Umsetzung bis Bericht 2

6. HF6: Personalentwicklung

6.1 Ziel: Prozesse rund um Elternzeit und weitere familieninduzierte Freistellungsphasen sind transparent und klar im Rahmen und im Ablauf gestaltet.

Messkriterium: *Dokumentation und Umsetzung der Prozesse*

6.1.1 Maßnahme:

Die Kreisverwaltung hält wichtige Eckpunkte, Gespräche und Informationen für den Ablauf der Freistellungsphasen in einer Prozessbeschreibung fest. Darin definiert sie Verantwortlichkeiten für einzelne Planungs- und Kommunikationsschritte und die Möglichkeiten zur weiteren beruflichen Entwicklung.

Zielgruppe: *Beschäftigte vor, während und nach (familienbedingten) Freistellungsphasen*

Umsetzung bis: *Bericht 1*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

siehe 4.1.3.

Außerdem finden Rückkehrgespräche zwischen Personalabteilung und Mutter/Vater statt.

Das Patenprojekt wird neu beworben z.B. in der vier mal im Jahr herausgegebenen internen Mitarbeiterzeitschrift (Kreishauspiegel).

Stand: Umsetzung bis Bericht 2

6.2 Ziel: Die Kreisverwaltung ermöglicht die Vereinbarkeit von bestmöglicher beruflicher Entwicklung und der Wahrnehmung familiärer / persönlicher Aufgaben und Verpflichtungen.

Messkriterium: *Teilnehmer*innen an Unterstützungsmaßnahmen und gelingender Entwicklungen*

6.2.1 Maßnahme:

Unter dem Stichwort der chancengleichen Entwicklung arbeitet die Kreisverwaltung an Unterstützungsangeboten, die eine berufliche und fachliche Entwicklung ermöglichen.

Zielgruppe: *Beschäftigte im familiären Aufgaben*

Umsetzung bis: *Bericht 3*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Teilzeit-Kräfte werden beim Besuch von Fortbildungsangeboten durch Gewährung von Zuschüssen zu den Kinderbetreuungskosten unterstützt.

Mobiles Arbeiten soll Menschen mit Betreuungspflichten bei ihrer Vereinbarkeit unterstützen.

Die Kreisverwaltung bietet regelmäßig Rentenberatung im Haus an, damit Teilzeitbeschäftigte sich umfangreich über die finanziellen Risiken im Alter informieren können.

Stand: Maßnahme umgesetzt

7. HF7: Entgeltbestandteile und geldwerte Leistungen

In diesem Handlungsfeld wurden keine Ziele und Maßnahmen vereinbart.

8. HF8: Service für Familien

8.1 Ziel: Die Kreisverwaltung bietet Unterstützung für Beschäftigte bei der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege.

Messkriterium: *Darstellung von Angeboten und deren Nutzung*

8.1.1 Maßnahme:

Die Kreisverwaltung kommuniziert Möglichkeiten und Angebote, über die sich Beschäftigte informieren und Unterstützung holen können.

Zielgruppe: *Beschäftigte, die Angehörige pflegen bzw. sich mit der Thematik auseinandersetzen*

Umsetzung bis: *fortlaufend*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Die Kreisverwaltung informiert die Beschäftigten über die gesetzlichen Regelungen zum Thema Beruf und Pflege. Sie benennt Ansprechpersonen für dieses Thema.

Die Verwaltung prüft, ob die Dienstvereinbarung zur "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" um den Punkt "Vereinbarkeit und Pflege" erweitert werden soll.

Ggfs. wird ein eigener Button "Beruf und Pflege" im Intranet eingestellt.

Stand: Umsetzung bis Bericht 2

8.2 Ziel: Die Kreisverwaltung bietet Unterstützung für Beschäftigte bei der Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung.

Messkriterium: *Darstellung von Angeboten und deren Nutzung*

8.2.1 Maßnahme:

Die Kreisverwaltung prüft Optionen zur Einrichtung einer Regelbetreuung bspw. durch Einrichtung einer Großtagespflegestelle und/oder einer Kooperation mit externen Anbietern. Hierfür informiert sie sich auch über Beispiele anderer Kreisverwaltungen (z.B. Lippe-Detmold, Paderborn).

Zielgruppe: *Beschäftigte mit Kindern*

Umsetzung bis: *Bericht 2*

Umsetzungsschritte Bericht 1:

Die Kreisverwaltung überprüft Optionen zur Einrichtung einer Großtagespflegestelle zur Betreuung von neun Kindern unter drei Jahren, möglicherweise gemeinsam mit anderen Behörden.

Stand: Umsetzung bis Bericht 3